

sen,
effer,
1872,
zu haben in
0
4-4
itel,
chleimung,
zu haben in
ust Teusch
18-18

ft,
iten
o. 12.
uch wird
en die Me-
nahme.)
ng
ne
er), enthält
enden Zu-
Trippers
ten von der
it re.,
2.
35-50

bedeutend
de Beileit.
ier
lichkeit, es
deinung
zu Pei-
te und des
Allen Sahn-
liche Stoffe
das Email
erwandigen
Schmelz als
die Mund-
schleim,
zu Wasser
kann, noch
Apothe-
mer, Hrn.
mer und
bei Hrn. J.
N. v. Far-
Hrn. W.
Dietrich et
Apothe-
v. Stein-
nyoi, Apo-
bei Hrn.
eker; —
neker; —
Gross-
Gy.-Szl.-
A. Matefi,
Apotheker;
Hrn. D.
n. Babics,
olf, Hrn.
eker, und
A. Fabik,
Hrn. J. v.
Fogorasi;
— Muhl-
nyed bei
bei Hrn.
S. Papp,
rt, Apo-
ker; —
bei Hrn.
verwerth,
Traugott
eker; —
nyed bei
Sterzing,
2-4

Hermannstädter Zeitung

vereinigt mit dem

Siebenbürger Boten.

Erscheint
mit Ausnahme des
Sonntags täglich.
Kostet für das halbe Jahr
5 fl., das Vierteljahr 2 fl.
50 kr., ein Monat 85 kr.
Mit Zulassung in's
Haus 1 fl.
Mit
Postversendung:
Im Inland:
halbjährig 7 fl. viertel-
jährig 3 fl. 50 kr. 5. B.
Im Ausland:
vierteljährig 4 fl. 50 kr.
Redakteur und Eigen-
thümer
Th. Steinhausen.

Inserate
aller Art werden in der
Steinhausen'schen Buch-
druckerei angenommen; für
Post bezogen dieselben Leop-
Lang, Intern. Annoncen-
Expediton, Dorotbeigasse
9; für Wien die Annon-
cenbureau: A. Oppelik,
Wollzeile 22, Haaser stein
& Vogler, Reuter Markt 11,
Rudolf Mosse, Celler-
straße 2; für An Land
Haasenstein & Vogler in
Berlin, Hamburg, Frank-
furt a. M., Basel u. Paris.
Das einmalige Einlegen einer
einzeligen Garniturelle
kostet 7 kr., das 2. Mal 6 kr.,
das 3. Mal 5 kr. 5. B. erfl.
der Stempelgebühr 2 30 kr.

Abonnements-Bureau: In Redaction bei Job. Gedrich's Erben; in Schäßburg bei C. J. Haberlang's Buchhandlung (C. F. Erler); in Szasz-Regen bei Herrn J. G. Rinn, Kaufmann; in Gross bei Herrn J. F. Leonhard, Kaufmann; in Klausenburg bei Herrn J. Wittich's Buchhandlung; in Klausenburg bei Herrn J. Stein, Buchhändler; in Bistritz bei Herrn C. Schell, Lehrer; in Kronstadt bei Herrn Heinrich Zeitner, Buchhändler; wofür die Abonnements-Beiträge franco erbeten werden.

Nr. 75. Hermannstadt, Mittwoch am 27. März. 1872.

Pränumerations-Einladung

auf die „Hermannstädter Zeitung.“

Da mit Ende dieses Monats das erste Quartal der Hermannstädter Zeitung schließt, so erlauben wir uns zur weiteren Theilnahme an diesem Blatt höflichst einzuladen.
Die Abonnementspreise sind wie bisher:
1. April bis Ende December
in loco mit Postzulassung
7 fl. 50 kr. 10 fl. 50 kr.
1. April bis Ende September
5 fl. — fr. 7 fl. — fr.
1. April bis Ende Juni
2 fl. 50 kr. 3 fl. 50 kr.
Hermannstadt, 27. März 1872.
Redaktion und Verlag,
Theodor Steinhausen.

Telegramme

„Hermannstädter Zeitung v. m. d. Siebenbürger Boten.“
Wien, 27. März. Die heutige „Wiener Zeitung“ veröffentlicht ein kaiserliches Handschreiben, betreffend die Ernennung des bisherigen Leiters des Landesvertheidigungs-Ministeriums, Landwehrobersten **Horst**, zum Landesvertheidigungs-Minister, — ferner das sanktionirte Nothwahlgesetz und schließlich das Finanzgesetz pro 1872.
Leipzig, 26. März. Das Schwurgericht verurtheilt im Hochverrathsprozesse **Liebkecht** und **Webel** zu je zweijähriger Festungshaft; **Sapner** wurde freigesprochen.

Politische Uebersicht

Wien, 23. März.
Auf anderthalb Monate, bis zum 7. Mai, ist der Reichsrath heute verlagert worden. Nicht oft ist es dem österreichischen Volke gegönnt gewesen, mit fast ungestörter Beugung auf eine parlamentarische Session oder auch nur einen Bruchtheil derselben zurückzublicken; immer stand das Gerücht unendlich weit hinter dem Wahnsinn, was die Wirklichkeit niederhalten, auf jeden beständigen Wortpunkt und den lauten Beifall des Augenblicks verzichtend, eine anerkannterwerth suchbare Thätigkeit entwickeln. Viel und Segenreiches ist auf dem Gebiete der reformirenden Gesetzgebung vollbracht worden, obwohl die Erbschaft der staatsrechtlichen Wirren zur größeren Theil der Zeit und der Arbeitskraft des Parlamentes absorbierte. Mehr und Besseres bleibt noch zu vollbringen.
Wie ein Privat-Telegramm meldet, wird der croatische Landtag zum 13. April einberufen werden. Die ungarische Regierung hofft auf eine namhafte Verstärkung der Unionpartei durch die Neuwahlen. Sie rechnet vielleicht zu sanguinisch. Die föderalistische Reaction hat auch in Agraw, wo sieben Esterházy's und Oliva „in geschäftlichen Angelegenheiten“ weilen, starke Hübel angelegt.

Genilleton.

Schäßburger Geschichten aus dem 17. Jahrhundert.

Von Friedrich Maurer, Gymnasiallehrer.
Aus dem 3. Cyclus der in Schäßburg abgehaltenen populär-wissenschaftlichen Vorträge.
(Fortsetzung.)
Unter dessen hatte aber auch Bathory von dieser seiner Meinung nach hochverrätherischen Umtrieben und Reisen vernommen. In ohnmächtiger Wuth gegen Schäßburg wollte er Schäßburg's That an der Stadt Abgesandten rächen. Ueberallhin, an alle Städte, Märkte und Dörfer, an alle Mauten u. s. w. ließ er Steckbriefe mit Beschreibung der Person, Kleidung und Hefse des Balos ergeben, mit dem gewissen Befehl, ihn, wo er zu treffen, zu fangen und abzuliefern. Zugleich wurden des Gesandten und seiner Mutter Geld und Gut von beträchtlichem, vieler 1000 Gulden betragenden Werthe confiscirt. Balos schwebte in großer Gefahr, in größter aber, als er sich schon sicher und geborgen meinte, nämlich auf Sachsenboden und in einer Sachsenstadt. Mit allen kaiserlichen Briefen und Zusicherungen, deren Auffangen der ganzen sächsischen Nation zu großem Unheil und Schaden gerathen wäre, war Balos allen Gefahren entgangen, bis Mediascher gekommen und bei seinem Freund Mathias Miles abgestiegen. Gott dankend, der ihn so weiten und gefährlichen Weg bis unter die Seiten gebracht und sich als an einem sicheren Ort, in einer sächsischen Stadt von Niemandem eines Uebels verheißend, will er einen oder zwei Tage ohne Angst ausrasten. Mediascher Bürgermeister war der edle Herr Petrus Götterbarmet, der dem Fürsten gar zu gerne eine Gefälligkeit erweisen wollte. Kaum hört er von der Anwesenheit des Geschickten, als er eilig den „Amplissimum Senatum“, die ehrenhaften Rathsherren zu einer Sitzung rufen läßt, ihnen des Fürsten Befehl in Erinnerung ruft und verlockend die Bemerkung fallen läßt: wenn man Ba-

Nach einer Berliner Correspondenz der „A. A. Ztg.“ beschäftigt man sich an der Spree jetzt mehr — mit österreichischen Angelegenheiten als mit den eigenen. Der gute Fortgang des galizischen Ausgleichs macht den preussischen Regierungsmännern viel Sorgen, und es wird neuerdings versichert, daß General Schwenk angewiesen wurde, in diesem Sinne sich zu äußern. Ob diese Mittheilung auch wahr ist, dafür möge das Augsburger Blatt einstehen.

Fast alle Blätter des deutschen Reiches widmen heute dem Kaiser Wilhelm schmerzvolle Artikel. Die Königlich-sächsische Zeitung sagt über ihn: „Wenn man Scharnhorst den Waffenschmied der deutschen Freiheit genannt hat, so kann man Kaiser Wilhelm den Waffenschmied der deutschen Einheit nennen.“ Wilhelm I. ist ein kriegerischer König, aber die unparteiische Geschichte wird ihn freisprechen von dem Vorwurfe, dem man Kriegern zu machen pflegt, er sei kriegerisch und erwerbungsüchtig gewesen. Kaiser Wilhelm hat die guten Eigenschaften eines Kriegsmannes, Männlichkeit, Entschlossenheit, Thätigkeit, Ordnung, ohne die schlimmen Seiten, die oft genug damit verbunden gewesen sind. Und ein solcher Charakter that und noth und thut uns noch mehr.“ Die National-Zeitung schreibt zum 75. Geburtstag des Monarchen: „Reinem Hohenzoller, welcher je Brandenburg oder Preußen regiert hat, ist die Gunst eines gleich langen und gleich glücklichen Lebens vergönnt gewesen. Friedrich der Große, welcher bisher das höchste Lebensalter unter allen brandenburgisch-preussischen Regenten erreicht hatte, starb, als er das vierundsechzigste Lebensjahr um fast sieben Monate überdritten hatte.“ Was das Bestehen des Kaisers Wilhelm anbetrifft, so hoffen die Ärzte beim Eintritte der milden Winterung ihn wieder so weit hergestellt zu sehen, daß er zu Pferde wieder steigen können.

In der französischen National-Versammlung ist die Debatte über die Petitionen zu Gunsten des Papstes und seiner weltlichen Herrschaft definitiv von der Tagesordnung abgelehrt worden. Es ist dies die Folge eines Compromisses zwischen Bischof Dupanloup und Thiers. In der gestrigen Sitzung erklärte Thiers diese Debatte für nicht opportun, und Bischof Dupanloup erwiderte, er wolle weder als Bischof noch als Franzose der Regierung Verlegenheiten bereiten und stehe von der Verhandlung der Petitionen unter Wahrung der Unverjährbarkeit der Rechte des Papstes ab. Es ist gut so; Frankreich hat jetzt wahrlich wichtigere Dinge zu thun, als eine neue römische Occupation, einen Krieg mit Italien in Scene zu setzen.

Die Auslagen, welche Thiers vor der Enquete-Kommission über seinen Besuch in Florenz abzugeben hat, haben daselbst sehr unliebsam berührt, und man ist nunmehr bestrebt, die Bereitwilligkeit abzulagern, mit welcher Viktor Emanuel den Franzosen zu Hilfe kommen wollte. Der römische Correspondent der „Ball Mail Gazette“ hat die Aufgabe übernommen, die Mittheilungen Thiers' abzuwägen. Er schreibt: „In Wirklichkeit ging der König nicht weiter, als daß er sagte, wenn die Dinge in der That standen, wie Herr Thiers sie darstellte, so würde keine große Gefahr für seine Truppen vorliegen, und von militärischen Gesichtspunkten scheint ihm der Plan ausföhrbar. Andererseits wies der Kriegsminister dem Könige und Herrn Thiers noch, daß, wenn man die unumgängliche Zeit für die Mobilisirung und den Marsch berechnete, es denkbar sei, daß die gewöhnlichen 100,000 Mann rechtzeitig eintreffen würden, um den Fall von Metz abzuwenden. Dann aber würde die italienische Armee den ganzen Anprall der deutschen Belagerungsmaschine abzuhalten haben. Einige der anwesenden Generale waren gleicher Ansicht, und 7 Tage später brachten die Ereignisse die Bestätigung für die Richtigkeit. Drei andere Kabinetmitglieder, aber dem Kriegsminister sprechen noch gegen den Plan. Schließlich appellirte Thiers an den Minister des Auswärtigen, zeigte ihm in der Ferne die Eifersucht der europäischen Staaten infolge Italiens plötzlicher Vergroßerung, behauptete, nur unter Frankreichs Schutze könne die Hauptstadt

nach Rom verlegt werden, und bemerkte endlich, wenn Italien ruhig zusehe, wie Frankreichs Niederlage vollendet werde, so müsse es sich auf die feste Feindschaft jeder späteren französischen Regierung gefaßt machen. Darauf erwiderte der Minister, er habe allen Grund anzunehmen, daß die Stimmung der übrigen Regierungen gegen Italien anders sei, als Herr Thiers sie dargestellt, und auf alle Fälle sei die italienische Regierung fest entschlossen, nicht von dem kürzlich erst geschlossenen Bündnisse mit Preußen zurückzutreten.“

Die officiöse „Italia“ schreibt über die Ernennung des neuen französischen Gesandten am Hofe Viktor Emanuels: „Herr Journeir kommt zu uns; wir haben daher Ursache, zu glauben, daß die gegenwärtige französische Regierung keine Hintergedanken mehr gegen Italien hegt. Was die künftige Regierung Frankreichs, d. i. die definitive Regierung, welche es sich geben wird, betrifft, so ist es heute noch nicht an der Zeit, sich damit zu beschäftigen. In jedem Falle ist es sehr gut, den Anfang zur Wiederanknüpfung einer aufrichtigen Freundschaft zwischen diesen beiden Ländern zu machen und von der künftigen Regierung Frankreichs ein freundschaftliches Entgegenkommen zu erwarten. Sobald einmal die vorübergehende Bestimmung zwischen beiden Nationen gänzlich verschwunden ist, wird auch das Element, auf welches Heinrich V. zur Unternehmung eines Kreuzzuges rechnete, nicht mehr vorhanden sein. Frankreich und Italien können bei einer Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen nur gewinnen; Italien wird die einzige Gefahr, welche ihm drohen könnte, verschwinden sehen, und Frankreich wird endlich aus der isolirten Stellung, in welche es einerseits durch die Ereignisse, andererseits — sagen wir es offen — durch seine eigenen Leuten geriet, heraustrreten.“

Der „A. A. Ztg.“ wird aus Konstantinopel über einen bevorstehenden Konflikt zwischen Serbien und der Pforte berichtet: „Die serbische Regierung hat eine Note an die Pforte gerichtet, worin zwei Forderungen mit aller Entschiedenheit gemacht wurden. Erstens verlangt die belgradische Regierung die Klärung von Klein-Zwornik und Satar. Diese zwei Orte liegen am rechten Ufer der Drina, also laut der durch Gutierrez von 1833 festgestellten Grenze, auf dem serbischen Territorium, gehören aber noch immer zu Bosnien. Als 1867 die serbischen Festungen von der türkischen Garnison geräumt wurden, versprach der verstorbene Großvezier Ali Pascha formell auch die Klärung der genannten zwei Orte zu veranlassen, was aber bis zur Stunde unterblieben ist. Man fordert die Regierung die Erfüllung dieses Versprechens, wodurch erst der 1833er Gutierrez zur Wahrheit werden wird. Sollten die Mohamedaner von Zwornik und Satar lieber das Verbleiben in ihren Wohnsitzen vorziehen, so ist die Regierung nicht dagegen, unter der Bedingung, daß sie sich der serbischen Jurisdiction unterwerfen würden. Die zweite Forderung betrifft den Anknüpfungspunkt der serbischen Bahn an die rumelische. Bekanntlich versprach die Pforte in der Wiener Eisenbahnkonferenz Serbien einen Anknüpfungspunkt bei Alexinac oder Jantova-Klitsra zu gewähren, worauf hin die Regierung den bekannten Präliminarvertrag mit Baron Hirsch zu Stande brachte. Später aber machte die kaiserliche Regierung Wien, ihr Versprechen nicht halten zu wollen. Nun urgirt Serbien diesen Anknüpfungspunkt, da es nicht gestatten kann, daß ein hochwichtiges Interesse des Fürstenthums verlegt werde. Der Großvezier soll auf beide Punkte sehr höflich, aber ausweichend — vorläufig erst mündlich — geantwortet haben.“

Aus dem ungarischen Reichstage.

Peß, 22. März. Präsident Somfisch eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhauses um 10 Uhr Vormittags.
Auf der Ministerbank: Pauler, Witt, Lönpay, Kertápolj, Slayov und Lóth.
Das Protokoll wird vorgelesen und genehmigt.

thory's Befehl ausführe, werke der ganze Rath sich absonderliche Gunst bei dem Fürsten erwerben. Der Ehrsame Rath war ehelos genug, nicht daran zu denken, daß sie, wie der Chronist schreibt, „dadurch ihnen vndt ihren Kindern gleichsam die Strick selbst an die hals beginnenden zu bringen sientemal die Assesuration vndt hilfleistung des römischen K. ihnen so woll gellig gewessen, als andern, vndt H. Valentinus Bakos nicht weniger für sie vndt ihre Stadt wie auch für uns vndt andere Stadt sich brauchen lassen vndt verreisest.“ Kurz, sie beschließen, den sächsischen Abgeordneten zu fangen und der siebenbürgischen Pest auszuliefern. Der Stadthauptmann und etliche Trabanten erhalten den gemeinsamen Befehl, des anderen Tages in aller frühe Balos zu verhaften und in's Gefängniß zu werfen. Aber Gott verläßt keinen Deutschen; er hinterdte diesen beispiellosen Verrath, durch dessen Gelingen des Fürsten Abtunung vor dem Sachsenvolk sicherlich nicht gestiegen wäre. Wenigstens einer dieser Rathsherren hatte Ehrgefühl genug und schlich sich Nachts zu Balos, ihn zu warnen. Dieser schloß natürlich wenig und eilte in früher Morgen-dämmerung zum „Farkasgesser Thor“, das er aber verschlossen fand; man wies ihn, den noch Unerkannten, zum Bürgermeister, sich den Schlüssel zu holen. Balos ritt hin, schlug an's Fenster und rief dem ehren-hofen Sachsen in ungarischer Sprache zu: „Mein Herr Bürgermeister, gib die Thor Schlüssel heraus.“ Götterbarmet kommt selbst zum Fenster, meint einen fürstlichen Hofdiener vor sich zu sehen und reicht ihm dem-gemäß schlüssig den Schlüssel. Balos entrinnt und die Trabanten finden Morgens das Nest leer. Der Bürgermeister in heller Verwirrung will sich die Haare aus dem Bart raufen, doch läßt er es beim Willen be-wenden, gibt aber sogleich Befehl, dem Hochverräther nachzujagen; diese Treibjagd erstreckte sich bis Schoorich (heute Saros), doch ohne Erfolg; der sächsische Juras erreichte seine Absicht nicht.

der Rathsherr Michael Gieresch, alias Fridrig, Gaffreund des Valentin Balos, seinen Schmittern in die Wench Effen führen sollen; er hört das Malen, wirft den „Zicker sampl dem Deppen“ auf die Erde und rennt der Burg zu. Als aber Balos näher kam und erkannt wurde, empfing ihn ein ehrfamer Rath und die ganze Stadt mit Freuden und Ehren; nicht nur Schäßburg, auch die ganze löbliche Universität hatte mit Sehnsucht ihn erwartet. Und nun schreiet der Chronist: „H. Valentinus Bakos erklärt dem Rath zur Schesspurg seine Verriethung, da zu wissen, dass Schesspurg der Hermannstoder wegen vill gewaget vndt auf-gesetzt, ja die gantze Stadt, Mann, weib vndt kinder in Gefahr Ge-setzet.“ Als schon am folgenden Tage Balos die kaiserlichen Schreiben vorlegte und die Zusicherungen balsigster Hilfe wiederholte, war die Freude allgemein; zum Danke versicherte die Universität Balos ihrer vollsten Gunst und Zufriedenheit und bot, wir würden heute sagen als Detation ihm wie auch seinen Nachkommen einstimmig den Reuigner Zehnten an. Balos aber, noch jung, lebte für Treale; (unser Chronist, vielleicht als verständigiger Hausvater, nennt ihn deshalb „eine vnverständige Jugend“;) er wollte nicht, daß Jemand sagen solle, er habe, was er gethan, für Be-lostung gethan und wies das Geschenk zurück „wirdt aber künftlich höchlich von ihm vndt seinen kindern bereiet.“ Aber auch später hat er noch oft mit großer List und Lebensgefahr ähnliche Reisen unternommen. Der Chronist erzählt nicht, ob denn er auch dann noch ähnliche gotter-bärmliche Bürgermeister auf Sachsenboden gefunden.

Aber wenigstens diese Reize hatte nicht die erhofften Früchte; auch dieses Blatt der Sachsen Geschichte bezeugt, wie jedes Andere, wie groß im Versprechen, wie klein im Worthalten die damaligen deutschen Herrscher seit 1526 den Sachsen gegenüber gemein sind. Hilfe vom deutschen Kaiser kam nicht; die Türken mußten helfen. Das Höchste, wozu man sich von Oben auftrafte, war, einen Gesandten an Bathory zu schicken, natürlich ohne Erfolg; das kaiserliche Heer gelangte nur bis Radsau; dafür aber segte der Sultan Bathory ab und ließ Gabriel Bethlen zum Fürsten ausrufen; die Türken rückten in's Land und auf dem Ranntag in Klausenburg ward Bethlen als Fürst anerkannt; Bathory hatte sich nach

Minister Szlavy legt dem Hause den Gesetzentwurf über die Inaktivierung des mit Portugal abgeschlossenen Handels- und Schiffsahrtvertrages vor. Er bittet denselben an die Session zu weisen.

Das Haus geht hierauf zur Tagesordnung über und nimmt die auf heute verschobene namentliche Abstimmung über die zum Titel des Wahlgesetzes gestellten Anträge und vorgeschlagenen Modifikationen vor.

Das Ergebnis der Abstimmung ist folgendes: Von 391 verifizirten Abgeordneten stimmten 178 für und 127 gegen den Antrag des Zentralausschusses, abwesend waren 85 Abgeordnete, der Präsident stimmte nicht.

Der Antrag des Zentralausschusses ist demnach mit einer Majorität von 51 Stimmen angenommen.

Referent des Zentralausschusses Graf Julius Szapary, verliest den Eingang des ersten Abschnittes des Wahlgesetzes; derselbe lautet:

I. Abschnitt. Ueber die Wahlberechtigung bei den Reichstagswahlen. Nachdem die auf die Wahlberechtigung bezüglichen Bestimmungen des Wahlgesetzes V. 1848 und des siebenbürgischen G. A. II. 1848 zu zahlreichem Zweifel und abweichenden Interpretationen Veranlassung gegeben, wird folgendes angeordnet:

Der Referent empfiehlt diesen Vorschlag zur Annahme.

Josef Madarasz kann den Antrag des Zentralausschusses nicht annehmen. Er beantragt daher, das Haus möge den ganzen vom Zentralausschusse vorgeschlagenen I. Abschnitt ablehnen und an dessen Stelle folgenden setzen:

I. Abschnitt. Von der Wahl der Reichstagsabgeordneten auf Grundlage des allgemeinen Stimmrechtes. Da die fortschreitende Zeit und die Gerechtigkeit fordern, die auf das Wahlrecht bezüglichen Bestimmungen des G. A. V. 1848 und des siebenbürgischen G. A. II. 1848 derartig weiter zu entwickeln, daß kein Staatsbürger ohne sein Verschulden an der Wahl seines Abgeordneten gehindert werde, wird folgendes verordnet:

§ 1. Jeder eingeborene oder naturalisirte Staatsbürger, der nicht wegen begangener Untreue, Unterschleifes, Mordes, Raubes und Brandlegung unter Abwägung nicht sein 20. Lebensjahr überschritten hat, ist Wähler. (Verböhrer Verfall auf der äußersten Linken.)

Gemeinlich Henslmann setzt den Zusammenhang der Person mit der Familie und dem Staate, die Aufgaben der beiden Letzteren, der Schule und der Kirche auseinander, und nachzuweisen, daß die positiven Gesetze nichts anderes enthalten können, als was das Naturrecht vorschreibt.

Jedem einzelnen Individuum müsse daher durch die Gesetze das Recht der Persönlichkeit so garantiert sein, wie dies das Naturrecht vorschreibt. Jedem Individuum: dies sagte Redner nicht ohne Grund, denn er ist gerne geneigt, auch dem schönen Geschlechte das Wahlrecht zu sichern. Hat doch dasselbe gleiche Fähigkeiten und gleiche Pflichten mit dem männlichen Geschlechte, warum sollte es keine gleichen Rechte haben? Er tadelt die Einführung eines Census überhaupt, weil dieser das Stimmrecht nicht der Person, sondern der Accession derselben ertheile. So z. B. kann Jemand, der vier Dshen hatte, von diesen die Steuer zahlte und demzufolge Stimmrecht besaß, wenn ihm die Dshen umhingen, austreten: „Nun sehe ich, daß nicht ich stimme, das Stimmrecht hatten meine Dshen!“

Redner hält ein solches Vorgehen für ein des modernen Staates unwürdiges. Er will das suffrage universel u. s. w. auf breiterer Grundlage und stimmt deshalb für Madarasz.

In demselben Sinne äußert sich auch Karl Bobory und damit ist die Sitzung kurz vor 2 Uhr zu Ende.

A b e n d s i t z u n g.

Abend 5 Uhr wird die Debatte über §. 1 der Wahlnovelle fortgesetzt.

Blasius Dršan demonstirt Madarasz gegenüber, ein Volk könne wiederholt „Stanzepochen“ erleben. Eine solche Epoche sei 1848 gewesen. Das von Madarasz beantragte allgemeine Stimmrecht nimmt er im Principe an, in der Praxis aber, will er zuerst die Hebung der Volkstuluss abwarten und hält daher am Census von 1848 fest.

Josef Vidlicsky. Der vorliegende Gesetzentwurf stehe im innigen Zusammenhang mit dem Gesetzentwurf über die fünfjährige Mandatsdauer und beide haben den Zweck, die Nachstellung der Regierung zu befähigen. Madarasz und Henslmann gegenüber bestreitet er, daß das Stimmrecht ein persönliches Recht sei. Man müsse zwischen Privat- und Staatsrecht unterscheiden, wenn es ein persönliches Recht wäre, dann müßten es auch Kinder ausüben. Das allgemeine Stimmrecht wünscht er erstens aus dem Grunde nicht, weil es von den Betreffenden nicht verlangt wird; zweitens weil er die frankhaften Eigenschaften unerer politischen Lebens vor Augen hat. Ungarn habe jetzt nicht eine parlamentarische Regierung, sondern ein Regierungsparlament. Er stimmt für die Beibehaltung des 1848er Census.

Ludwig Sernatschny erklärt zuvörderst, daß er die Einführung des allgemeinen Stimmrechtes in Ungarn derzeit nicht für wünschlich hält. Es sei ein anderes, ein Recht anerkennen und ein anderes, es zur praktischen Anwendung zu bringen. Die Berechtigung des allgemeinen Stimmrechtes gibt er gern zu, hält es aber jetzt und für längere Zeit noch in Ungarn nicht für anwendbar. Abgesehen von allen anderen Rücksichten, die gegen das allgemeine Stimmrecht sprechen, so wolle er die Einführung so lange nicht, als Ungarn an einer Nationalitätenfrage laborirt. Das allgemeine Stimmrecht taue überdies nur für eine Re-

Großwaiden geschleht. Noch trug er sich mit fürchterlichen Gedanken; einer seiner Befehle war: alle noch übrigen Bürger von Hermannstadt zu tödten und nicht einmal der Kinder zu schonen. Selbst die Hauptleute seiner Wache erschrafen über diesen zunehmenden, mehr als cäsarisch-römischen Wahnsinn und verschworen sich gegen den „Karren“. Als dieser am 27. October 1613 aus dem Wardenier Schloß spazieren fuhr und in die Venetianer Gasse gelangte, stürzten aus zwei Gassen Radanji Gergely und Szilassy Janos mit 50 Haiduken auf ihn; der eine schrie ihn in die Stirne, der andere verfehlte ihm zwei Dolchstöße, dann zerren sie den Körper aus dem Wagen, verfehlten ihm noch viele Stiche und Schläge, und werfen ihn endlich in den nahen Flußschlamm; der Wagen geplündert und des vielen Silbers wegen zerlegt. Beim todtten Fürsten blieb nur sein heulender Schneeweißer englischer Hund, leckte die Wunden und versuchte mit seinen Zähnen den Körper an den Haaren aus dem Schlamm zu ziehen. Nach vier langen Stunden wurde schließlich von einigen Einwohnern der Körper aus dem Schlamm gezogen, mit einem Dshen und einer Kuh auf einem Karren, nicht auf Sammt und Seide, sondern auf wenigem alten Stroh auf den Markt in eine wüste Kapelle und dann in die Sakristei der Kirche zu Bathory geführt, wo der Leichnam bis 1626 unbestattet lag. Der Chronist ruft aus: „O justus es Domine, et iustus sunt iustitia tua.“

Notiz.

— Graf Johann Barokczy, bekannt aus dem verstärkten Reichsrath ist am 17. März in Wien, 67 Jahre alt, gestorben. Er war der letzte männliche Sprößling dieses Namens, und hinterläßt eine Witwe, geborne Gräfin Antonie Jelicich und eine einzige Tochter Helene, die an Grafen Bela Gabit, ein Oberhofmeister des Kaisers Mar von Mexiko verheiratet ist und mehrere Kinder hat, von denen der älteste Sohn, 9 Jahre alt, laut Majorat-Stiftungsunterschied der Erbe der vielen Besitzungen ist, welche der Verstorbenen ganz schuldlos und in blühendem Zustande hinterläßt. Graf Barokczy lebte mit seinem ganzen Herzen und Sein für eine konstitutionelle geregelte Verwaltung seines Vaterlandes. Er gehörte der Deutpartei an.

publik, in einer Monarchie — und Redner will, daß Ungarn eine solche bleibe — ist für dasselbe kein Raum. — Uebrigens beantragt er, an die Stelle der Einleitung zu §. 1 Folgendes zu setzen: „In Bezug auf die Abgeordnetenwahl wird Folgendes verordnet.“

Ladislav Tisa erklärt sich gegen Madarasz polemisch für den Antrag Sernatschny's. Auch er hält das allgemeine Stimmrecht für ein angustriertes Ziel, allein einen gewissen intellektuellen Census hält er unter allen Umständen für geboten, da es sonst geschehen könnte, daß gerade die besten Männer der Gesetzgebung fern bleiben müßten, während die sogenannten „kleinen Erbsen“ das Parlament bevölkern würden.

Alexander Gilly: Wir Ungarn haben das allgemeine Stimmrecht schon zu Zeiten des heiligen Stefan besessen. (Große Heiterkeit.) Sie lachen? (Stört bewahrt: recht.) Also hören Sie! wir haben das allgemeine Stimmrecht schon gehabt zu Zeiten Arpads. (Neue Heiterkeit.) Sie lachen wieder? Wir haben das allgemeine Stimmrecht schon gehabt zu Zeiten Attila's. (Nicht enden wollende Heiterkeit.) Als wir noch in Serbien waren. (Große Heiterkeit.) Und daß unsere Vorfahren reis waren für das allgemeine Stimmrecht, das haben sie gezeigt, als sie diesen Attila wählten, der ein besserer Hauptgeneral war, wie alle Jhre k. l. gemeinsamen Generale. (Donnernde Heiterkeit.) Dort haben wir keinen Census gehabt, dort hat kein Julius Schwarz verlangt, daß jeder Mensch gleich auf einmal lesen und schreiben lerne. (Ungeduldige Heiterkeit.) Ich stimme für Madarasz (Gehen auf der äußersten Linken.)

Sitzungsschluss 8 Uhr.

Peß, 23. März. (Unterhausung.) Vormittag wurden nur Petitionen erledigt. In der Abendung beantragte Zidenyi, das Haus wolle vom 27. März bis zum 3. April feiern. Ulemenyi will nur 3 Tage feiern. Nach kurzer Debatte wird der Antrag Ulemenyi's angenommen. Hierauf werden wieder Petitionen erledigt. Die Stadt Peß bittet um Verhandlung des hauptstädtischen Gesetzes. Der Petitions-Ausschuß empfiehlt die Erwählung dieses Ansuchens. Die Linke verlangt schon für die nächste Woche die Verhandlung des hauptstädtischen Gesetzes. Nach kurzer Debatte wird der Antrag des Petitions-Ausschusses mit 124 gegen 90 Stimmen abgelehnt und das Gesuch auf Antrag des Minister-Präsidenten Lonyay einfach zur Kenntniß genommen.

Aus dem österreichischen Reichsrathe.

Wien, 21. März. (Sitzung des Herrenhauses.) Auf der Ministerbank befinden sich: Oberst von Horst, Dr. Stremayr, Dr. Unger, Ritter von Schlumegly, Kaiser.

Nachdem das Gesetz, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Errichtung von Gewerbegerichten in zweiter und dritter Lesung angenommen wird, berichtet:

von Winterstein über den Staatsvoranschlag und das Finanzgesetz pro 1872. Die Budgetkommission beantragt, sämtliche Anträge des Abgeordnetenhauses anzunehmen, hingegen werden die meisten vom Abgeordnetenhause beschworbenen Resolutionen nicht zur Annahme empfohlen.

Die Budget-Kommission empfiehlt zum Titel Ministerium für Kultus und Unterricht folgende Resolutionen:

- 1. Die hohe Regierung wird aufgefordert, sobald als möglich eine Gesetzesvorlage einzubringen, durch welche die Zahlung der gesetzlich bestehenden Religionsfondrenten durch die dazu Verpflichteten geregelt wird.
2. Die hohe Regierung wird aufgefordert, vorerflich dahin zu wirken, daß das Gebäude der bestehenden Josephinischen medizinisch-chirurgischen Lehranstalt zu Zwecken des Unterrichts an der Wiener Universität eingetäumt werde.
3. Die hohe Regierung wird aufgefordert, daß Statut der Akademie der bildenden Künste einer Prüfung zu unterziehen und dafür Sorge zu tragen, daß dieses Institut auf jene Höhe gebracht werde, welche dem Zwecke derselben und den Bedürfnissen der Kunst entspricht.

Zum Titel Finanzministerium werden folgende Resolutionen vorgeschlagen:

- 1. Die hohe Regierung wird aufgefordert, zur Erzielung einer gerechten und gleichmäßigen Besteuerung, die Vorlage der Gesetzesentwürfe, betreffend die Reform der Gebäude-, Erwerb- und Einkommensteuer, zu beschleunigen.
2. Die hohe Regierung wird aufgefordert, mit der k. ungar. Regierung in Verhandlung zu treten, damit im Wege einer einzuverleibenden Zoll- und Handelskonferenz die vielseitig gerügten Mängel des gegenwärtigen Systems der Besteuerung der Spirituosen und Zuckerverzehrung auf das Genauere geprüft und dem Reichsrathe die entsprechenden Vorlagen gemacht werden und seneits das Belegene zu veranlassen, damit die bestehenden Gesetze über die Besteuerung der Brauereierzeugnisse und Zuckerverzehrung in beiden Reichtheilen gleichmäßig gehandhabt werden.

Die Budgetkommission beantragt ferner die Nachtragsforderung von 5 Millionen für die Beamten nach dem Vorschlage des Abgeordnetenhauses anzunehmen; dasselbe wird bezüglich der 500,000 Gulden zur provisorischen Unterstützung hilfsbedürftiger katholischer Seelsorger beantragt.

Bei Titel Dispositionsfond nimmt Schmerling Anlaß, über den Zustand des Reiches zu sprechen. Er sagte: Wenn es wahr ist, daß wegen der Durchbringung des Nothwahlgesetzes Opfer gebracht werden, würde er dies bedauern, denn an der Hand des Gesetzes konnten auch früher direkte Wahlen ausgeführt werden; er weiß nicht, daß direkte Wahlen wohl weniger komplizirt sind und manche andere Vortheile bieten; sie werden aber parlamentarische Stricks werden, welche nach seiner Ansicht durch die direkte Wahlen nicht gehindert werden; deshalb dürfte man nicht KonzeSSIONen machen, die größer sind, als die Erzeugnisse der direkten Wahlen (Beifall), für die er übrigens stimmen werde; er berührt die „Neue fr. Presse“, indem er auf einen Artikel verweist, wo in diesem Blatte Mazzini als ein großer Mann und Winhörig als ein graufamer Tyrann bezeichnet werden und knüpft hieran längere Ausdeinandersetzungen, wie bedauerlich für die Oesterreicher diese Haltung eines österreichischen Journalen sein müsse; Redner vertheidigt Winhörig, sein Verhalten und seine Verdienste, und meint, daß Winhörig's veränderte, daß Kossuth nicht etwa nach Wien kam und die Regentenschaft übernahm, sowie er jetzt nahe ist, nach Prag eingeladen zu werden. Schmerling bekämpft sodann auf Grund des Journalartikels die KonzeSSION an Dalmatien bezüglich Einführung der kroatischen Sprache als die allseitige Geschäftssprache; er weist die Nachtheile für den Saatz nach, die aus ähnlicher Maßregel in Galizien hervorgehen werden, und würde in einigen Wochen nach seiner Ueberzeugung, die er zu haben glaubt, der Schwerpunkt in Lemberg und Krakau und nicht in Wien liegen. Man mache immer KonzeSSIONen Jenen, die dem Reiche nicht hold sind; er möchte in dieser Beziehung von der Regierung eine beruhigende Erklärung haben.

Der Minister des Innern replicirt, daß der angelegene Verfassung-Paragraph, welcher die Einbringung des Nothwahlgesetzes hätte entbehrllich machen können, in dieser Beziehung zweifelhaft sei, daher das Nothwahl-Gesetz nöthig war. Alle bisherigen Nachrichten über KonzeSSIONen sind unrichtig; die Besprechungen mit den Dalmatineren begannen schon lange vor dem Nothwahl-Gesetze und sind noch nicht beendet; die Regierung verlange allseits die Abtugung des Gesetzes, nehme jedoch den Standpunkt ein, daß die Regierung den Freunden gewähre, was sie für möglich erachte. Das dalmatinische Sprachengesetz, wie es von den Dalmatineren begehrt wurde, sei nicht sanctionirt worden, und werde die Regierung niemals einem politischen Vortheile die Interessen des Reiches opfern. — Minister Unger erklärte, die Regierung habe den Dalmatineren zu wissen gemacht, daß sie gegen Wahrung der Reichsinteressen ihrerseits auf die Wahrung der Landesinteressen von Seiten der Regierung rechnen können; die Regierung befand sich auf dem Standpunkte der Parität be-

züglich der slavischen und italienischen Sprache ungeachtet des gegenwärtigen Standpunktes, der dalmatinischen Abgeordneten; man könne der Regierung nicht den Vorwurf machen, daß sie in Dalmatien zwei verfassungsfreundliche Parteien geschaffen habe; die Regierung habe niemals den Standpunkt ein, daß der galizische Ausgleich der Preis für die direkten Wahlen sein solle.

Als eine Vorrauer gegen den Föderalismus betrachte die Regierung den galizischen Ausgleich, auf den er nicht weiter eingehen wolle, weil er nicht auf der Tagesordnung stehe. Die Regierung erkenne festbarst die Unterstützung der „Neuen freien Presse“ an, zumal sie eine freiwillige ist; die Regierung kaufe keine Blätter, die „Neue fr. Presse“ hat auch keinerlei besondere Bevorzugung vor anderen Blättern, die Regierung stehe zu diesem Blatte in keinen näheren Beziehungen, als zu andern verfassungstreuen Journalen und müsse er daher die Verantwortung für den Artikel in diesem Blatte ablehnen. — Sodann wurde das Budget pro 1872 und das Finanzgesetz en bloc angenommen, beglichen wurde der Bericht der Kommission über den Beamten-Theuerungsbetrag ohne Debatte angenommen. Der Kommissionsbericht beantragt die zweckentsprechende Vertheilung der Theuerungsgulden der Regierung zu überlassen.

Bei der Bewilligung des Kredites von einer halben Million Gulden für den niederen Klerus beantragt Kaufser, daß es anstatt „Unterstützung hilfsbedürftiger katholischer Seelsorger“ heißen solle: „Verbesserung der Bezüge der katholischen Seelsorger“, damit es nicht den Anschein habe, als handle es sich um Almosen und sei dies nur eine formelle Aenderung.

Der Berichterstatter hebt hervor, daß das Amendement kein formelles sei, indem der Passus betrifft Ansuchen um eine Geldeaushilfe wegließ; er beantragt Kaufser's Amendement mit der Einschiebung des Passus bezüglich des Ansuchens anzunehmen. — Der Kultusminister ist konstatirt, daß der Kardinal Nauher gegen den Zustand der Gesetzvorlage nichts einzuwenden habe. Der Minister spricht sich für den Vertheilungsantrag des Berichterstatters aus, welcher angenommen wurde, nachdem Kaufser seinen Antrag zurückgezogen hatte.

Inland.

Reinarti, 26. März. (Orig.-Gort.) [Audiatur et altera pars über die Santa-Angelegenheit.] In diesen Blättern (S. den Communis-Sitzungsbericht in Nr. 18 aus dem Jahre 1870, — Correspondenz des Herrn Michael Roth in Nr. 262 a. d. J. 1871 u. s. w.) wurde der im Jahre 1868 anhängig gewordene Streit zwischen der Stadt Hermannstadt und der Gemeinde Reinarti wegen Holzbringung aus der Waldung Santa besprochen, ohne daß der wahre Sachverhalt und die Rechtsgründe der beiden Gemeinden vollständig und allseitig dem Urtheile der öffentlichen Meinung unterstellt worden wären, ja die belagten Correspondenzen sind in einem der Gemeinde Reinarti a priori feindlichen Sinne verfaßt und dazu geeignet, das gute nachbarliche Verhältnis beider Gemeinden zu trüben.

Damit die öffentliche Meinung auch unsern Reichspunkt lenne, so wollen wir diesbezüglich sine ira et studio Folgendes anführen:

Vor Allem muß bemerkt werden, daß bezüglich der Entscheidung über diese, zur politisch-administrativen Kompetenz gehörige Rechtsfrage das Fortgesetz drei Instanzen aufsteht: das löbl. Kreisinspectorat, den löbl. Stadts- und Schulmagistrat und das hohe k. ung. Ministerium des Innern. Gegen diesen Jahrgangszug ist in der ersten Verhandlung gestellt worden, indem dieselbe sowie die Entscheidung in 1. Instanz vom löbl. Stadts- und Schulmagistrate gepflogen wurde. Aus diesem Grunde und weil auch das Verfahren mangelhaft durchgeführt wurde, hat der h. Ministerialerlass vom 4. Juli 1870 Z. 10680, über Einigkeiten der Gemeinde Reinarti, die Sache in die Lage der neuerlichen Verhandlung gesetzt und dieselbe zur kompetenten eininstanzlichen Verhandlung, nach den Vorschriften des §. 24 des Fortgesetzes, an das Reinesarier Kreisinspectorat gewiesen.

Die Gemeinde Reinarti hat in allen bisherigen Verhandlungen und ihren Reklusen Einwendung gegen das Amtieren des l. Inspektorates und Magistrates in dieser Sache erhoben, weil die erkennenden Mitglieder derselben dabei besangen sein können. Die Stadtgemeinde Hermannstadt wird nämlich durch die i. g. Communität vertreten, die Mitglieder derselben leisten bei ihrer Ermählung den Eid, „die Vermögensinteressen der Stadt unter allen Umständen zu wahren.“ Aus dem Schoße dieser Stadtvertretung wurden die Ghes und die Senatoren, welchen auch Inspektoratsstellen verliehen werden, gewählt, und denselben abermals ein feierlicher Eid in obigem Sinne abgenommen.

Dies ist unsere Ansicht, und wir halten sie auch jetzt aufrecht, sowie der gerechten Erledigung dieser Sache zweckentsprechend, daß zur Amtshandlung in diesem Streite in 1. und 2. Instanz an die Stelle des l. Kreisinspektorates und des l. Magistrates andere politische Behörden delegirt werden.

Das Veritum der Sache betrifft, müssen wir anführen: 1. daß Hermannstadt das spezielle Recht, das Holz aus der Waldung Santa auf dem Thale „pe riulu stezi“ herabzubringen, vorchristlichmäßig nie erworben und in der Vergangenheit nie ausgeübt, daher dasselbe auch nie bestanden hat. Dies hat Gegenerin auch in der Verhandlung nicht erwiesen und die Gemeinde Reinarti ist im Rechte, wenn sie diese Servitut nicht anerkennen will.

Es bliebe der Gegenerin der im §. 24 des Fortgesetzes bezeichnete Weg der Holzbringung offen, welcher bestimmt, „daß der Grundeigentümer nur dann gehalten ist, die Waldprodukte über seine Gründe bringen zu lassen, wenn diese Produkte gar nicht anders, oder nur mit unerschwinglich hohen Kosten geschafft und weiter geföhrt werden könnten.“

Nun ist die Möglichkeit, das Holz aus der Santa auch auf einem andern Wege als auf dem, von Sägemühlen, Wiesen, Steingerölle ungenutzten, der Ueberschwemmung ausgeföhren engen Thale „pe riulu stezi“ nämlich auf dem an der Berglehne der Waldungen Santa und Platos theilweise angelegenden, größtentheils vorhandenen Fahrwege, welcher in die von den Gemeinden Hermannstadt, Poplata, Suracu, Grosau und Reinarti seit Jahrhunderten benutzten Wegelstraße „drumulul valariloru“ genannt, einmündet, bringen zu können, sowohl von den amtlichen Commissionsmitgliedern, als auch von den Sachkundigen, Herren Gärtner, Fischer und Wöbner konstatirt worden.

Daß die Holzbringung auf diesem Wege, welcher in Folge des, gegen das Gesetz kaum lokalen Venehmens der städtischen Vertreter der kommunalen Verhandlung nach §. 24 des Fortgesetzes leider nicht unterzogen worden sei, mit unverschämlich hohen Kosten verbunden wäre, ist nicht sichergestaltig, weil der Ausbau des Fahrweges „pe riulu stezi“ wenigstens 9000 fl. die Instandhaltung desselben, wegen der jährlich öfters vorkommenden Ueberschwemmungen, jährlich 3000 fl. — abgesehen von der Vergütung der Privatföhren und Expropriationspreisen — kosten würde, während der Fahrweg an der Berglehne Santa und Platos in drumu valariloru mit 1500—2000 fl. d. W. leicht in Stand gesetzt werden kann. Ja, die Gemeinde Reinarti hat sich erdödig gemacht, diesen Weg um 2000 fl. herzustellen, nur um Zuguniz dafür abzulegen, daß sie diesem Streite endlich ein Ende machen will.

Untererseits geben wir jetzt dem schlichten Wunsch Ausdruck, das hohe k. ung. Ministerium, welchem die Sache nunmehr zur Entscheidung vorliegt, möge in derselben ein gerechtes Urtheil fällen.

Peß, 23. März. Klauy und Stejschekowki, welchen, wie der Naplo meldet, in Agram und hielten dort Conferenzen mit Nagovic und anderen Oppositionsführern.

Für den morgen beginnenden volkswirtschaftlichen Congress sind nur achtzehn Anmeldungen eingelaufen; wenig Capacitäten und wenig Deputirte. Die heutige Vorbereitung war schwach besetzt. Die Sectionsbearbeitungen dauern bloß einen Tag. Dienstag erfolgt der Schluß.

Peß, 23. März. Die Abgeordneten der galizischen Delegation sind am 23. März in Peß angekommen. Die Delegation wird von dem Director Berger, dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt.

Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt.

Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt.

Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt.

Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt.

Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt.

Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt.

Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt.

Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt.

Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt.

Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt.

Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt.

Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt.

Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt.

Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt.

Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt.

Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt.

Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt.

Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt.

Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt.

Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt.

Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt.

Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt.

Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt.

Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt.

Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt.

Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt.

Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt.

Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt. Die Delegation wird von dem Abgeordneten Zava, dem Abgeordneten von Nordost bemerkt.

Paris, 23. März. Noch in dieser Woche wird ein kaiserliches Handbrevet erscheinen, welches den croatischen Landtag für den 13. April einberuft. Salanovic hat die Wahlvorbereitungen beendet. Die Regierung rechnet auf eine bedeutende Verstärkung ihrer Partei. Das Finanzministerium entsendet einen Sectionsrath, um in Croatien die nöthigen öffentlichen Arbeiten schleunigst zu fördern, damit dem Landtag bei Eröffnung schon die diebezüglichen Zusagen gemacht werden können.

Paris, 23. März. Bei der Ergänzungswahl des Gemeinderathes wählte der zweite Wahlskörper die Candidaten der liberalen Partei: Schuldirector Berger, Landwirthschaftsminister Hochmann und Kaufmann Spörger.

Paris, 22. März. Heute um 11 Uhr 59 Minuten Vormittags war hier ein ziemlich heftiger Erdbeß in der Richtung von Südwest nach Nordost bemerkbar.

Paris, 23. März. Griechische Deputationen befürchten die versäunungstreuen Grundbesitzer mit dem Verlangen, mit der Feudalpartei zu stimmen, jedoch lieber überall erfolglos. Ritter Nachodsky v. Neudorf, ein achtzigjähriger Greis, erklärte, daß er nicht seinem Herrn und Kaiser treugeblieben sei und daher auch im gegenwärtigen Augenblicke, wo er mit einem Zuge bereit im Grade stehe, keine Macht der Welt ihn dazu vermag, gegen seinen Monarchen oder dessen Regierung zu stimmen.

Paris, 23. März. Der feudale Wahlausruf wurde, ehe er aus der Druckerei kam, gestern Nachmittags confiscirt.

In der Umgebung Prag's sind Vorkehrungen getroffen, daß, falls Deputationsmitglieder von ihrem Vorhaben, Terrorismus auf Grundbesitzer zu üben, nicht auf gütliches Zurücken absehen, ihre Arrestirung vorgenommen wird.

Ausland.

Berlin, 21. März. (Sitzung der Stadtverordneten.) Der Oberbürgermeister Hochreut aus Breslau wurde zum hiesigen Oberbürgermeister mit 55 von 103 Stimmen gewählt. — Fürst Bismarck tritt um 9 1/2 Uhr Abends hier ein.

Berlin, 21. März. Dem Reichstage wird ein Nachtrags-Gesetz pro 1872 vorgelegt, wodurch ein Mehrbedarf von 144,016 Thalern gefordert wird. Die Ausführung der Summe soll durch Ministerial-Verträge erfolgen. Die Vorlegung eines Reichs-Preßgesetzes ist wieder unwahrscheinlich in Folge der Meinungsverschiedenheit mehrerer Bundesstaaten. Der Bundesrath-Ausschuß stimmte dem Postvertrage mit Frankreich zu.

Berlin, 21. März. Das Abgeordnetenhaus vollendete heute nach heftiger Debatte die Beratung der neuen Kreisordnung für die sechs östlichen Provinzen. Dieselbe wurde fast durchgehend in der Commissionfassung angenommen. Zu §. 165, wonach die Kreisordnung für die Provinz Posen vorläufig nicht giltig ist, erklärt der Minister des Innern, daß die Regierung nach dem neuerlich mit den Polen gemachten Verständigungen mit dieser von der Commission beantragten Fassung völlig einverstanden sei. Das Gesetz ist heute, daß Personen, denen der Staat einen Theil seiner Rechte abtritt, dem Staate rückhaltlos angehören; diese Ueberzeugung habe die Regierung von dem Polen nicht. Die Regierung werde das Gesetz ohne den §. 165 in der Commissionfassung nicht acceptiren. Der §. 165 wird hierauf angenommen; dagegen stimmen die Polen, das Centrum und die Fortschrittspartei.

Berlin, 23. März. Fürst Bismarck bleibt in Berlin, um den Arbeiten des Bundesrathes beizuwohnen. Die Seemanns-Ordnung wird dem Reichstage baldigst vorgelegt. Die Prüfung des neuen Infanterie-Gewehrs für das Reichsheer ist beendet. Dieses Gewehr ist von einem würtembergischen Techniker, Namens Manjer, erfunden und übertrifft alle bisherigen Hintersäder.

Berlin, 23. März. (Sitzung des Abgeordnetenhauses.) Der Minister des Innern beantwortete die Interpellation Scholmer's betreffend die Publication eines in Polen confiscirten Briefes Windthorst's. Der Minister erklärte, die Auslieferung confiscirter Briefe und Papiere von politischer Bedeutung an die politische Behörde halte die Regierung nach vorangehender Beratung mit der Staatsanwaltschaft für notwendig. Da der Brief die politisch-religiöse Partei des Verfassers bedeutsam kennzeichnet, habe der Minister-Präsident eine Abschrift dem Vertreter Preussens zukommen lassen. Wie der Brief in die Defensivität gelangte, sei der Regierung unbekannt; der Minister habe keine Veranlassung, es zu untersuchen. Gegenüber Windthorst betont der Minister, daß die bezüglichen Konferenzen mit dem Staatsanwalt hinsichtlich des speziellen Falles stattgefunden. Die Regierung habe keineswegs die Erlaubnis zur Veröffentlichung gegeben. Der Tag der nächsten Sitzung ist unbestimmt.

Breslau, 23. März. Der Cultusminister hat wegen angeblicher Excommunication an den hiesigen Fürstbischöf eine Anfrage über die Tragweite des großen Kirchenbannes gerichtet. Bei einer Schädigung der kaiserlichen Verhältnisse der Excommunicirten wird die Regierung die Rücknahme des Bannes unter Androhung ernstlicher Maßregeln verlangen.

Frankfurt, 21. März. Die preussische Bischöf-Conferenz wird nicht in einer rheinischen Stadt, sondern im April wieder in Fulda stattfinden. Haupt-Beratungs-Gegenstand ist die Haltung des Clerus gegenüber dem Schulaußschuß-Gesetz.

Kopenhagen, 23. März. Der Reichstag wurde heute geschlossen, nachdem noch die Gesetze über die Kalandal-Fahrräder Bahn und über die Abgaben von fremden Staatspapieren angenommen worden waren.

Kopenhagen, 23. März. Das Gesetz, betreffend die Besteuerung ausländischer Dividenden, welche nach dem 1. Juli emittirt werden, wurde vom Landsting in dritter Lesung erdgiltig angenommen. Hiemit beträgt die Besteuerung im Allgemeinen 1/2 Prozent und für Dividenden-Obligationen das Doppelte.

Paris, 21. März. In dem Prozesse anlässlich der Niedermehlung von Vendarmen in der Rue Horo während der Commune-Regierung wurden 6 Angeklagte zum Tode, 3 zur Deportation innerhalb eines befestigten Platzes, 7 zu lebenslänglicher Zwangsarbeit und die Uebrigen zu geringeren Strafen verurtheilt.

Paris, 23. März. Das Journal des Debats knüpft an die Ausruf des Londoner Globe über die Wiederansichtung befestigter Pioniersplätze seitens Russlands folgende Leitartikelzettel an: „Nachdem Großbritannien 1871 zur Revision des Pariser Vertrag's zustimmte, mußte es diese Konsequenzen vorhersehen und hat demnach keinerlei Recht, über Russlands Befestigungen am Pionus zu klagen.“

Paris, 23. März. Ein Artikel des Vien Public, welcher von dem Gerichte über die auswärtigen Allianzen spricht, sagt: „Nach sicheren Nachrichten ist nicht von diesem richtig. Alle Mächte beobachten eine große Zurückhaltung, vermeiden es sorgfältig, neue Angelegenheiten hervorzurufen, und wünschen lebhaft den Frieden. Allianzen sehen Projekte voraus, und es besteht kein anderes Project, als neue Verbindungen zu vermeiden. Niemand bedroht Frankreich; Deutschland denkt durchaus nicht daran, sich in unsere inneren Angelegenheiten zu mengen. Eine einzige Gefahr ist richtig, und die ist: die Uebereinstimmung der politisch-religiösen Interessen zwischen Preußen und Italien. Die behauptete Zurückforderung von Nizza und Savoyen wurde eifrig von Italien demittirt. Zwischen Spanien und Italien besteht ein Familienpact, aber nicht gegen Frankreich. Thiers mit seinem Verlangen nach Vertragung der Debatte über Rom handelte nicht aus Furcht vor Repräsentanten. Italien würde es nicht wagen, gegen uns etwas in Schilde zu führen; Thiers wollte eine unnütze Debatte vermeiden. Eine Lösung der römischen Frage sei durch Verhandlungen möglich. Gegenwärtig sind die Anstrengungen Frankreich's dahin gerichtet, die Beziehungen zwischen Italien und dem Heiligen Stuhle etwäglich zu gestalten. Frankreich ist nicht ohnmächtig, aber die Klugheit

ist eine Pflicht und ein Gesetz für Alle und Niemand unter so neuen Verhältnissen.“

Versailles, 21. März. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung brachte der Finanzminister einen Additional-Vertrag zum französisch-deutschen Postvertrage ein. Der Gesetzentwurf wurde als dringlich erklärt.

Versailles, 22. März. (Sitzung der Nationalversammlung.) Bischof Dupanloup, welcher als Redner vorgemerkt ist, tritt seine Rede an Thiers ab, welcher bemerkt, daß er es niemals unterlassen habe, den Präsidenten des Hauses zu verhandeln, bevor er das Wort ergreife, was vom Präsidenten Oray befragt wird. Thiers fährt alddann fort: Obwohl schon die Regierung auf eine Debatte über die auf die römische Frage bezugnehmenden Petitionen vorbereitet sei, halte er es doch für notwendig, sich über die Zweckmäßigkeitfrage auszusprechen. Die Regierung hält die Debatte für inopportun; dieselbe würde weder den Interessen des Heiligen Stuhles, noch denen der Petenten dienlich sein. Die Nationalversammlung kennt die Ansicht der Regierung über die römische Frage; ihre Politik hat sich nicht geändert. Die Unabhängigkeit des Heiligen Stuhles ist Frankreich theuer, welches dieselbe vertheidigt hat und sie stets vertheidigen wird. Allein nicht minder werth ist die Sache des Staates. Die Debatte über die Petitionen in diesem Augenblicke würde thatsächliche politische Unzulänglichkeiten für die Regierung darbieten, ohne irgend welchen Vortheil für das Papstthum. Man würde sich vielleicht ungewisshafte interessanter, aber nicht zeitgewäher Debatten erweisen.

Dupanloup erwidert: Angesichts dieser Erklärung bestche er nicht auf dem Verlangen einer Erörterung. Als Bischof wie als Franzose wolle er die Regierung keine Belegenheit bereiten. Aber indem er zu einer Verabredung seine Einwilligung gebe, welche er als Bischof befragt, verlange er, es möge wohlverstanden sein, daß die Rechte der Petenten intact bleiben, gleichwie das Recht des Heiligen Stuhles ein unverjährbares bleibt. Der Prälat schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß Gott Frankreich bester Tage schenken werde.

Brüssel, 23. März. Die Luxemburger Eisenbahnfrage soll in Berlin dahin entschieden worden sein, daß der Betrieb des Bahnnetzes der kaiserlich deutschen Eisenbahn-Commission für Elsaß, welche in Straßburg ihren Sitz hat, überlassen würde.

Rom, 23. März. Der Dittio nennt das vorgestrige Vertrauensvotum ein Votum der Reaction. Die Opinions gehen eine starke Minorität von 170 Deputirten ein. Das Ministerium und die daselbst sitzende Partei solle dies wohl beachten. In anderen Parlamenten genüge eine kleinere Majorität, in Italien aber, in Berücksichtigung der Umstände, unter welchen eine solche Opposition auftritt, sei eine Majorität wie die gegenwärtige kaum hinreichend.

Rom, 23. März. (Kammer Sitzung.) Die Kammer nahm die Erhöhung der Steuer auf Petroleum an; ferner wurden die Anträge angenommen auf Unterdrückung des Scheichhandels, Aufhebung des Freihaufens von Civitavecchia mit 1. Januar 1874 und Uswandlung des Freihaufens von Genua binnen drei Jahren in einen allen Waren zugänglichen Platz. Hierauf wurden sämtliche Finanzprojete mit 208 gegen 160 Stimmen angenommen. Finanzminister Sella legte der Kammer das definitive Budget für 1872 und das Präliminar-Budget für 1873 vor. Die Kammer verurtheilt sich hierauf bis 15. April.

London, 23. März. Der Prinz von Wales ist hier angekommen und hat seine Reise nach Rom fortgesetzt.

Der französische Gesandte Journier ist gleichfalls nach Rom abgereist.

Die Fürstin von Rumänien ist hier eingetroffen.

London, 21. März. Graf Susebius dinnirt Dienstag bei der Königin.

(Unterhaus Sitzung.) Gladstone antwortet auf eine Anfrage Towns', daß er die mit Canada seit dem Washingtoner Vertrage gepflogene Correspondenz nicht mittheilen könne. Auf eine Anfrage Cochrane's sagt Gladstone, daß er von der französisch-italienischen Regierung keine Depesche bezüglich der „Internationale“ erhalten habe.

Konstantinopel, 23. März. Bezüglich des Circularschreibens des Großveziers, wonach die einmonatlichen Gehalte der Beamten nur nach je 40 Tagen ausbezahlt sind, wird officiell bekanntgegeben, daß die Beamten durch diesen Zahlungsmodus keine Einbuße erleiden werden, indem ihnen die Differenz ausbezahlt werden wird, sobald die Staatseinkünfte dies gestatten werden.

Lokal- und Tagesnachrichten.

(Mord.) In der Nacht vom vergangenen Sonntag auf Montag gegen 1 Uhr nach Mitternacht brachte ein Kanalräuber einen zweitädtigen Gimpänner-Karren, auf dem sich ein Fäßchen Essig befand, auf's Rathaus und meldete, er habe den Karren mit einem Rabe im Straßengaben vor der Seckel'schen Wirtshaus beim Bürgerthor hienäher gefunden. — Vorgerufen 7 Uhr Früh ward der Volizei die weitere Meldung erstattet, es liege in dem Fische, welcher sich in dem der Frau Eva Wief gehörigen, gegen das von der Schillerstraße hinter dem Garten zum Hauptplatze führenden Gäßchen gelegenen Garten (Haus Nr. 346 vor dem Bürgerthor) befindet, ein todter Romane. Die Sicherheitsbehörde eilte sofort an den bezeichneten Ort, ließ den Leichnam aus dem Weiber ziehen und holte von den Nachbarn (zumeist Inhaber von Wirthshäusern) die ersten Erkundigungen ein. Anfänglich ward die Vermuthung laut, der Todte sei ein Lillkauer Viehhändler, welcher manchmal in den umliegenden Wirthshäusern eingekauft war und vielleicht erbraut, erwidert und in den Weiber geworfen worden sein dürfte. Mit dieser Vermuthung kontrastirte aber handgreiflich die höchst ärmliche Kleidung des Todten. Aus dem Ortsbunde wurde als sicher festgestellt, daß der Todte nicht durch den Hof des erwähnten Hauses gebracht, sondern aus dem Gäßchen über den Zaun in den Garten geworfen und hier zu dem Fische geschleppt worden war.

Am Körper des Todten war keine Spur irgendwelcher Gewaltthätigkeit wahrnehmbar, dagegen war an dem Halse ein brauner Streifen zu sehen, welcher auf eine Erdrosselung schließen lassen konnte. Von den vielen Umstehenden, welche den Leichnam beäuglichten, erklärte endlich Einer, den Romanen gestern auf einem zweitädtigen Karren und einem Fäßchen auf demselben in die Essigfabrik des Herrn Adolph Mühlhaffens einfahren gesehen zu haben. Diese Angabe paßte zu der in vergangener Nacht von dem Kanalräuber gemachten Meldung und aus den weiteren Angaben des Herrn Mühlhaffen ward konstatirt, daß der Todte Jakob Zania heiße und ein aimer Bauer aus Topocira sei, welcher in der vergangenen Nacht eine halbe Stunde vor Mitternacht mit seinem Karren und Essigfäßchen die Essigfabrik ganz nüchtern verlassen hatte, um heimzukehren. Die Identität des Ermordeten wurde auch durch dessen zwei in hiesigen Diensten stehende Löhner sichergestellt. Der Mord mußte demnach, und zwar bei Monatshehle, um die Mitternachtsstunde verübt worden sein. Die Löhner dürften sich in der Person ihres Opfers geirrt haben, denn wahrheitsfalsch haben sie den Zania für den reichen Lillkauer Viehhändler an. In dem rüdwärtigen Thelle des Lebergrüchels des Todten wurden in ein schmuckloses Papier gewickelt 3 fl. und etwas Scheidemünze gefunden. Die Löhner scheinen den geflogenen Erhebungen zufolge mit der Vertlichkeit genau vertraut zu sein und auch die Lügigkeit unserer Nachwächter zu kennen, welche sicherlich auch selbst würden gegebten werden, wenn sie allesammt auch nur einen Dreier weit wären; denn hätten sie nur halbwegs ihre Pflicht, so könnte es schwer geschehen, daß ein Mord, wie der eben geschilderte, so zu sagen: in der Stadt auf offener Straße bei Mondlicht verübt werde. Die Obduktion des Todten wurde gestern vorgenommen.

Durch den gerichtlichen Befund soll es festgestellt sein, daß Jakob Zania eines gewaltthätigen Todes durch Erdrosselung gestorben ist.

(Schnecken-Prozess) Unsere Nachbarn in Romänien pflegen die Vorschriften der Fastenzeit genau zu befolgen. Schnecken sind daher während der Fastenzeit dort ein geachteter Artikel. — Ein dortiger Fastenpeinshändler schließt mit einem Siebenbürger einen Handel über die Lieferung einer großen Quantität Schnecken ab. Der Preis wird per Tausend bedungen. Der Lieferungstermin ist da und der Händler erscheint, um die Fastenwaare zu übernehmen. Der Verkäufer meint, das Abzahlen der Schnecken könne mehrere Tage dauern; man möge ein Siebenbürger Viertel mit einzeln gezählten Schnecken füllen, die übrigen Schnecken dann viertelweise abwiegen und mit der Ziffer des ersten Viertels multiplizieren, um dann die Gesamtanzahl der Schnecken zu bestimmen. Dem Käufer gefiel diese abgeklärte Verfahren; allein es wollte ihm, als die Zusammenfassung auf dieser Grundlage erfolgt war, die Anzahl der Schnecken unerträglich hoch vorzukommen und meinte, das komme daher, weil der Verkäufer in das Probeer die kleinsten Schnecken geschickt habe — und verweigerte demzufolge die Annahme der Waare. Man ging zu Gericht; eine Kommission begab sich an Ort und Stelle, nämlich in ein Zimmer (wohin die Schnecken mittlerweile gebracht worden waren) und begann die kommissionelle Zählung, welche etwas spätig, weil ein Theil der Schnecken, von der wärmeren Temperatur angeleckt, auf die Waare gestochen war. Bis zur Mittagzeit hatte es die Kommission bis zur Abzählung einiger Tausend gebracht; da die zu zählenden Schnecken durchschnittlich nach der Probenerhebung 100,000 Stück fast sein mochten, so wären annäherungsweise noch volle 14 Zählungstage erforderlich gewesen. Es wurden dem Käufer die großen Kosten dieser Zählungsarbeit zu Gemüthe geführt, die er zahlen müßte, falls die Schnecken vollständig befunden würden; den Mann drängte es auch, nach Hause zu kommen; er verzichtete demnach auf die kommissionelle Weiterzählung, zahlte dem Lieferanten die bedungene Summe und führte seine Schnecken (ohne Kren) heim.

Die siebenbürgische f. Tafel hat unangefordert beim Justizministerium petitionirt, es möge bei Gelegenheit der Verhandlungen über das nächste Budget darauf Rücksicht genommen werden, daß die f. Tafel in Matos-Bajahely, als eine mit der f. Tafel den gleichen Rang einnehmende gerichtliche Behörde, in Bezug des Gehalts und der Wohnungsmiete der Beamten, der Letzteren gleichgestellt werde.

Ronstadt, 20. März. Ein Erlass des hohen k. ung. Ministeriums für Handel und Gewerbe macht bekannt, daß der Stadtgemeinde Szent-György gestattet wurde, den am 13. Oktober abgehaltenen Herbstjahrmarkt in Einklang an dem ersten Donnerstage nach Brigitta abzuhalten. Brigitta fällt auf den 8. Oktober und dieses Jahr auf einen Dienstag. Der diesjährige Szent-Györgyer Herbstmarkt wird also statt am 13. am 10. Oktober abgehalten werden.

Monatsausweis des Hermannstädter Vorschußvereines pro Monat Februar 1872.

Table with columns: Einnahmen, Ausgaben, and Totals. Includes items like 'An 82 zurückgezahlten Vorschüssen', 'An 19 neuen Kapital-Einlagen', etc.

Table with columns: Einnahmen, Ausgaben, and Totals. Includes items like 'Für 97 ausgegebene Vorschüsse', 'Für 31 zurückgezahlte Kapitalien', etc.

Table with columns: Standes-Ausweis, and Totals. Includes items like 'Obiger Kassarest', 'Staatspapiere und Effekten', etc.

Geschäfts-Bericht.

Hermannstadt, 26. März. Heute war der Markt sowohl mit allen Sorten von Körnern als auch mit sonstigen Viehhaltung recht gut und lebhaft besetzt, Handel und Verkehr wie immer amüthig; Abtag in jeder Richtung regte, alle Plagpreise jedoch fortwährend festen Stand, nur Korn ging heute bei mehr schwacher Nachfrage zurück, desgleichen wird auch Brennholz bei ergeblicher Zulufte immer mehr nachgebeudert; Rindfleisch notiren wir 12-18 fr., Milchkraut 20 fr., Schweinefleisch 24 fr., das Pfund, Lammfleisch nach Qualität, das Pfund beständig von 40-60 fr., Büffelfleisch 15 fr., Schweinefleisch bis 95 fr., die Maß reine Waare, frische Butter 1 fl. das Pfund, Milch, die Maß von 16-28 fr., Eier 7 Stück für 20 fr., Gemüße, Grünzeug, Hülsenfrüchte und sonstige Zubereitungsartikel unverändert wie früher — theuer. Sowohl Viehlimport als auch Vieh nach Locomobilen außerordentlich stark.

Witterung, nach beständigem Nordwestwind heute Nacht ergeblicher Regen, für die Vegetation gütiglich. Stand der Saat: sehr gütiglich.

Geschäftsbericht von Braun & Kohn,

Produkten- und Kommissionsgeschäft. Arab, 24. März. Die fortwährend regnerische Witterung der verfloffenen Woche, welche uns vom allen Zufuhren total absperrte, verurtheilt eine Preisabnahme in sämtlichen Konsum-Geräthen von 5-10 fr. per Regen. Der Mangel an Waare ist es nicht, der diese Preisermäßigung verurtheilt, denn die Speicher unserer Delcomen sind keineswegs noch so geleeert, um so erobitante Preise zu rechtfertigen, aber der letzte Regen hat die Stößen derart unahbar gemacht, daß die Zufuhr von einem großen Theile der Umgegend fastlich unmöglich ist, und Konsumenten daher gezwungen sind, selbst die überpauesten Forderungen der Verkäufer von effizienter Waare zu bewilligen. Wir notiren: Weizen 78-80 fr., 80 fr., 81 fr., 82 fr., 83 fr., 84 fr., 85 fr., 86 fr., 87 fr., 88 fr., 89 fr., 90 fr., 91 fr., 92 fr., 93 fr., 94 fr., 95 fr., 96 fr., 97 fr., 98 fr., 99 fr., 100 fr. — Gerste fl. 2.75, per 70 Pfd. — Runkelrübe 3.50-4.00 pr. 80 Pfd. — Ocker fl. 2.75, per 70 Pfd. — Spiritus unverändert, en gros 57%, en detail 58 fr. per Ocker sammt Ocker.

Stadt-Theater in Hermannstadt.

Heute Mittwoch den 27. März 1872: Zum Vortheile des Schauspielers Josef Glud: Die Rifen.

Freundenliste.

Angelommen am 26. März: Ungarische Krone. Andreas Hoffmann, Geschäftsfreier von Motterdam; Andreas Wisklos, Schuhmachermeister von Klausenburg; Josef A. v. Nagy, Kaufmann von Wien. Mediascher Hof. Friedrich Fleißig von Szeg-Regen. Neumüller. Konstantin Manterescu, Kaufmann von Rimnik; Edmund Piffel, Beamter von Rubschit. Der gestrige telegraphische Wiener Cours ist bis zum Schluß des Blattes nicht eingetroffen.

